

ERHOLUNG DER WELTWIRTSCHAFT

Nach einer Beruhigung der Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten sind erste Anzeichen einer Erholung der Weltwirtschaft zu erkennen. Vor allem in Südostasien bessern sich die Aussichten etwas. Hingegen ist die Situation in Südamerika weiterhin labil, wenngleich auch hier die Kapitalabflüsse zum Erliegen gekommen sind. Während das Wachstum in den USA anhaltend robust scheint, entwickelt sich die Wirtschaft in Europa nach wie vor äußerst schwach. Vor allem in Deutschland und Italien ist die Konjunktur noch nicht angesprungen.

Nach einer Beruhigung der Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten zeigen sich in den am stärksten in Mitleidenschaft gezogenen Volkswirtschaften Anzeichen einer Besserung der Wirtschaftslage. Der enorme Kapitalabfluß aus den Emerging Markets kam zum Erliegen und konnte teilweise sogar umgekehrt werden. Besonders ausgeprägt ist diese Entwicklung in den asiatischen Entwicklungs- und Schwellenländern. Unsicher ist, ob Japan tatsächlich die hartnäckige Rezession überwinden kann, wie die vorläufigen Berechnungen des japanischen Wirtschaftsplanungsamtes (EPA) für das I. Quartal 1999 zeigen (Wirtschaftswachstum fast 8% auf Jahresbasis). Südamerika leidet noch unter gravierenden Nachwirkungen der Finanzmarkturbulenzen, jedoch dürfte das seit kurzem wieder leicht sinkende Zinsniveau eine Stabilisierung in dieser Region ermöglichen. Während die Situation in Rußland unverändert kritisch ist, signalisieren Unternehmensbefragungen in der EU nach einer kurzfristigen Wachstumsabschwächung wieder eine Festigung des Vertrauens in die Erholung der Wirtschaft. Nach wie vor robust ist die Konjunktur in den USA, und auch die neuesten Wirtschaftsdaten lassen nicht auf eine beträchtliche Dämpfung schließen.

LEICHTE BESSERUNGSANZEICHEN IN SÜDOSTASIEN

Die Welle von Finanzmarkturbulenzen, die im Sommer 1997 in Südostasien eingesetzt hatte, zog die gesamte Region in Mitleidenschaft und hatte in diesem Raum einen Wachstumseinbruch zur Folge. Das infolge der deutlichen Abwertung hohe Zinsniveau und beträchtliche Preissteigerungen beendeten gemeinsam mit den Kapitalabflüssen abrupt die beachtliche Expansion der vorhergehenden Jahre. 1998 schrumpfte die Wirtschaftsleistung dieser Länder um durchschnittlich 8%. In der Folge stieg die Arbeitslosenquote in den meisten

Der Autor dankt Markus Marterbauer und Ewald Walterskirchen für wertvolle Anregungen und Hinweise. Aufbereitung und Analyse der Daten erfolgten mit Unterstützung von Waltraud Popp.

Staaten rasant, mitunter traten erhebliche soziale Spannungen auf.

Die südostasiatischen Länder haben sich noch nicht aus dieser tiefen Rezession gelöst, obwohl es erste Anzeichen einer leichten Besserung gibt. Die Kapitalflucht und der Währungsverfall scheinen vorerst gestoppt, und auch die Inflationsrate hat seit kurzem sinkende Ten-

Die Kapitalabflüsse aus Südostasien sind zum Stillstand gekommen, und erstmals ist wieder ein leichter Rückfluß der Finanzströme zu verzeichnen. Falls diese Tendenz anhält, wird 1999 ein geringes Wirtschaftswachstum möglich sein.

denz. In jenen Ländern, in denen soziale Unruhen ein gravierendes Ausmaß erreichten – wie etwa in Indonesien – oder in denen noch erhebliche Strukturschwächen bestehen (Malaysia und Thailand), zeigt sich jedoch unmittelbar noch keine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation. Internationale Konjunkturbeobachter rechnen für das Jahr 1999 mit einer Stabilisierung. Wie schnell und nachhaltig der Erholungsprozeß voranschreitet, hängt auch von der nach wie vor bestehenden Abwertungsgefahr des chinesischen Yuan ab.

In China selbst boomt die Wirtschaft weiterhin, wenn auch weniger als in den Vorjahren. Die Kapitalflucht blieb relativ gering, da in der Vergangenheit der Zufluß von Auslandskapital strenger Restriktion unterlegen war. Dämpfend wirkt Chinas Exportschwäche. Die chinesische Ausfuhr leidet nicht nur unter dem Ausfall der Nachfrage aus Südostasien – in diesem Raum werden mehr als die Hälfte der Exporte abgesetzt –, sondern auch unter der Konkurrenz aus diesem Raum, welcher durch Abwertungen erheblich an preisbestimmter Wettbewerbsfähigkeit hinzugewonnen hat. Zur Stützung der Exportwirtschaft gewährt die chinesische Zentralregierung Steuererleichterungen und Kreditbegünstigungen. Eine expansive Geld- und Fiskalpolitik (mit hohen öffentlichen Investitionen) soll wirtschaftlichen Abschwächungstendenzen entgegenwirken. Ein Wiedererstarben der Wirtschaft in Südostasien verbunden mit einer realen Aufwertung dieser Währungen würde den Druck auf den Yuan reduzieren und umgekehrt die Erholung in Südostasien nicht gefährden.

ENDE DER TIEFEN REZSSION IN JAPAN?

Trotz intensiver Anstrengungen der japanischen Regierung, die Wirtschaft mit einer großzügigen Fiskal- und Geldpolitik aus der Krise zu führen, zeigten sich bis vor kurzem noch keine Anzeichen einer Besserung. Die Binnennachfrage sowohl nach Konsumgütern als auch besonders nach Investitionsgütern war auch im IV. Quartal 1998 rückläufig. Im Jahre 1998 schrumpfte das BIP laut

Übersicht 1: Wirtschaftswachstum

	Bruttoinlandsprodukt							
	Laut OECD				Laut EU			
	1997	1998	1999	2000	1997	1998	1999	2000
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real							
OECD insgesamt	+3,3	+ 2,3	+2,2	+2,1				
USA	+3,9	+ 3,9	+3,6	+2,0	+ 4,0	+ 3,9	+2,7	+2,2
Japan	+1,4	- 2,8	-0,9	+0,0	+ 0,8	- 2,9	-1,3	+0,5
Kanada	+3,8	+ 3,0	+2,9	+2,8				
Australien	+3,6	+ 5,1	+3,2	+3,4				
Neuseeland	+3,0	- 0,8	+2,6	+3,5				
Korea	+5,0	- 5,8	+4,5	+4,3				
Mexiko	+6,8	+ 4,8	+3,2	+3,7				
Türkei	+7,5	+ 2,8	+1,4	+3,9				
Schweiz	+1,7	+ 2,1	+1,2	+1,8				
Norwegen	+4,3	+ 2,1	+0,6	+2,6				
Island	+5,4	+ 5,0	+5,1	+4,8				
Polen	+6,9	+ 4,8	+3,5	+5,0				
Ungarn	+4,6	+ 5,1	+4,1	+3,2				
Tschechien	+1,0	- 2,7	-0,5	+2,4				
EU	+2,7	+ 2,8	+1,9	+2,4	+ 2,7	+ 2,9	+2,1	+2,7
Euro-Raum	+2,5	+ 2,9	+2,1	+2,6	+ 2,5	+ 3,0	+2,2	+2,7
Deutschland	+2,2	+ 2,8	+1,7	+2,3	+ 2,2	+ 2,8	+1,7	+2,4
Frankreich	+2,3	+ 3,2	+2,3	+2,6	+ 2,3	+ 3,2	+2,3	+2,7
Italien	+1,5	+ 1,4	+1,4	+2,2	+ 1,5	+ 1,4	+1,6	+2,3
Spanien	+3,5	+ 3,8	+3,3	+3,3	+ 3,5	+ 3,8	+3,3	+3,5
Niederlande	+3,6	+ 3,8	+2,2	+2,4	+ 3,6	+ 3,7	+2,3	+2,7
Belgien	+3,0	+ 2,9	+1,9	+2,2	+ 3,0	+ 2,9	+1,9	+2,5
Österreich	+2,5	+ 3,3	+2,2	+2,6	+ 2,5	+ 3,3	+2,3	+2,7
Portugal	+3,7	+ 3,9	+3,1	+3,2	+ 3,1	+ 4,0	+3,2	+3,3
Finnland	+5,5	+ 4,7	+3,3	+3,6	+ 5,6	+ 5,3	+3,7	+3,9
Irland	+9,8	+10,4	+7,5	+6,7	+10,6	+11,9	+9,3	+8,6
Luxemburg	+4,7	+ 5,7	+3,3	+3,8	+ 3,7	+ 5,7	+3,2	+4,1
Großbritannien	+3,5	+ 2,1	+0,7	+1,6	+ 3,5	+ 2,3	+1,1	+2,3
Schweden	+1,8	+ 2,9	+2,4	+2,8	+ 1,8	+ 2,9	+2,2	+2,7
Dänemark	+3,1	+ 2,9	+1,6	+2,0	+ 3,3	+ 2,7	+1,7	+2,0
Griechenland	+3,2	+ 3,5	+3,0	+3,5	+ 3,2	+ 3,7	+3,4	+3,6

Q: EU, OECD.

jüngsten Meldungen um 2,0%; der Rückgang hielt bereits fünf Quartale an und verstärkte sich im IV. Quartal mit -0,8% (saisonbereinigt) gegenüber dem Vorquartal sogar. Verantwortlich für diesen neuerlichen Einbruch waren sowohl die Investitionen der privaten Unternehmen als auch die schlechten Exportergebnisse. Zwar erreichte Japans Leistungsbilanzüberschuß 1998 einen neuen Rekordstand (+3¼% des BIP), jedoch ist dieser auf einen beträchtlichen Rückgang der Importe zurückzuführen. Der im Handel mit Europa und den USA erzielte Überschuß reichte nicht aus, um den Ausfall der Nachfrage aus Asien zu kompensieren. Besonders groß war der Rückgang der Exporte nach Asien im IV. Quartal 1998 als unmittelbare Folge der kräftigen Aufwertung des Yen im Oktober 1998. Seit Jahresbeginn erreichen auch die Exporte in die USA und nach Europa nicht mehr das Vorjahresniveau. Unter der Ausfuhrschwäche leidet besonders die japanische Autoindustrie, sie setzte im Geschäftsjahr 1998/99 um rund 7,5% weniger Fahrzeuge im Ausland ab als in der Vorperiode.

Erste vorläufige Berechnungen zeigen für das I. Quartal 1999 einen überraschenden Anstieg des BIP um 1,9% gegenüber dem Vorquartal, was einem Jahreswachstum von knapp 8% entsprechen würde. Maßgebend waren vor allem die öffentlichen Investitionen, welche um 10,3% über dem bereits relativ hohen Vorquartal lagen.

Die Nettoexporte schwächten sich hingegen abermals ab (-0,2%). Anlaß zu vorsichtigem Optimismus könnte der Umstand geben, daß sich erstmals auch die private Nachfrage verbesserte. So stiegen der private Konsum um 1,2% und die privaten Ausrüstungsinvestitionen um 2,5%. Ob diese Zahlen jedoch eine Trendwende signalisieren, bleibt abzuwarten.

Sowohl Binnen- als auch Außennachfrage schwächten sich in Japan im vergangenen Jahr laufend ab. Die Geldpolitik befindet sich in der Liquiditätsfalle, während die Fiskalpolitik anhaltend expansiv reagiert. Aufgrund des deflatorischen Umfeldes sind Konsumenten und Unternehmen in ihren Ausgaben nach wie vor zurückhaltend.

Trotz vieler Regierungsprogramme zur Ankurbelung der Konjunktur ist das Vertrauen sowohl der Verbraucher als auch der Unternehmer äußerst gering. Angesichts der hartnäckigen Inflation und der Hoffnung auf weiterhin sinkende Preise wurden Konsum- und Investitionswünsche aufgeschoben. Die sich daraus ergebende Nachfragerücke sollte durch zusätzliche höhere öffentliche Nachfrage geschlossen oder zumindest reduziert werden. Diese Strategie zielte einerseits auf verstärkte öffentliche Investitionen (IV. Quartal 1998 +10,6% saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal), andererseits wird als vertrauensschaffende Maßnahme versucht, den maroden Bankensektor zu sanieren. Mit der Bereitstellung eines Finanzierungsrahmens von 60 Bill. Yen (rund 12% des japanischen BIP) wurde ein wichtiger Schritt in diese Richtung gesetzt.

Obwohl der Spielraum der Geldpolitik bereits stark eingeschränkt ist, senkte die japanische Notenbank als begleitende Maßnahme den Diskontsatz auf 0,02%. Da dieser Wert eine Provision von 0,3% enthält, kommt dies einem negativen Zinssatz gleich. Die japanische Geldpolitik befindet sich jedoch offensichtlich in einer Liquiditätsfalle, sodaß die wirtschaftsstimulierenden Effekte einer solchen monetären Expansion äußerst fraglich sind. Auch die Setzung von Impulsen über höhere Staatsausgaben ist in dieser Situation schwierig. Der expansive fiskalpolitische Kurs hatte einen Anstieg der langfristigen Zinsen zur Folge, der die Wirtschaftsentwicklung zu bremsen schien. Durch den Rückkauf von Staatsanleihen konnte dieser Effekt jedoch eingedämmt werden; die Umlaufrendite von Staatsanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren sank von 2,4% (1997) auf 1,5% (1998).

Die schwere Krise hat besorgniserregende Folgen für die Arbeitslosigkeit. So stieg die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im April 1999 auf 4,9% – nach Jahren der Vollbeschäftigung ein außerordentlich hoher Wert. Besonders betroffen sind neu auf den Arbeitsmarkt Tre-

Übersicht 2: Wirtschaftswachstum und Leistungsbilanz in Asien

	Bruttoinlandsprodukt				Leistungsbilanzsaldo			
	1997	1998	1999	2000	1997	1998	1999	2000
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real				In % des BIP			
China	+8,8	+ 7,8	+7,2	+6,8	3,3	3,1	1,8	1,5
Hongkong	+5,2	- 5,1	±0,0	+4,0	-3,5	0,3	-0,2	-0,2
Indonesien	+4,7	-13,7	-3,0	+3,0	-2,3	5,2	4,1	2,6
Japan	+1,4	- 2,8	-0,9	±0,0	2,3	3,2	3,0	3,5
Korea	+5,0	- 5,8	+4,5	+4,3	-1,5	12,6	5,7	3,5
Malaysia	+7,8	- 6,7	+0,5	+3,5	-4,8	13,0	10,9	7,6
Philippinen	+5,1	- 0,5	+2,5	+4,5	-5,2	1,9	2,6	1,8
Thailand	-0,4	- 8,0	+1,0	+3,5	-1,9	12,3	9,5	7,1

Q: OECD.

tende – die Arbeitslosenquote der Jugendlichen lag etwa bei 10%. Gemäß Schätzungen der Europäischen Kommission wird sich auch heuer die Wirtschaftsleistung weiter abschwächen. Allerdings soll das Tempo des Rückgangs merklich nachlassen, die Rate wird im Jahresdurchschnitt -1,3% betragen.

FINANZKRISE IN LATEINAMERIKA VORERST BERUHIGT

Auch in Lateinamerika haben sich die Finanzmarkturbulenzen gelegt, wenngleich auch die Situation äußerst labil ist. Im Gegensatz zu den anderen Staaten dieser Region blieb Mexiko sowohl von der Finanzkrise als auch von realwirtschaftlichen Rückschlägen verschont.

Anfang des Jahres geriet Brasilien in eine Finanzkrise, deren Folge eine drastische Abwertung des Real war. Auf den damit einhergehenden Anstieg der Inflationsrate reagierte die brasilianische Notenbank im März 1999 mit einer Leitzinserhöhung auf 45%. Seit damals verschärfte sich die Lage nicht weiter, allmählich kehrte auch das Auslandskapital zurück. Dadurch verringerte sich der Druck auf den Real; gemeinsam mit dem Nachlassen der Inflation ermöglichte dies der Zentralbank eine schrittweise Senkung des Leitzinssatzes auf 27%.

Von der brasilianischen Währungskrise weitgehend unberührt blieb das Vertrauen in die mexikanische Wirtschaft, vor allem dank anhaltender Zuflüsse von Auslandskapital und der seit Jahresbeginn wieder steigenden Erdölpreise. Ein flexibles Wechselkursystem und ein mäßiger Kapitalzufluß in der Vergangenheit machten neben der verstärkten Ausrichtung der Wirtschaft auf den Markt der USA die Volkswirtschaft Mexikos weniger krisenanfällig als die der Nachbarstaaten. Hingegen traf die Abwertung des Real Argentiniens Wirtschaft empfindlich. Bis jetzt gelang es jedoch, die Anbindung der Währung an den Dollar aufrechtzuerhalten und somit

den Schwund des Vertrauens ausländischer Anleger und den Inflationsdruck in Grenzen zu halten.

Trotz der leichten Erholungstendenzen bleibt die Situation auf den südamerikanischen Finanzmärkten sehr labil und wird stark von der Zinspolitik der USA bestimmt. So dürfte etwa eine Abwertung des argentinischen Peso im Fall einer Zinsanhebung durch die Fed kaum zu vermeiden sein. Die BIP-Prognose des IMF für diese Region von $-1\frac{1}{2}\%$ 1999 ist demgemäß äußerst unsicher.

ANHALTEND STARKE KONJUNKTUR IN DEN USA

Der Boom der Konsumnachfrage gleicht die Exportschwäche der USA aus. Eine aufgrund einer Trendwende in der Inflationsentwicklung bevorstehende Zinserhöhung könnte die Konjunktur abschwächen.

Nach wie vor präsentiert sich die Wirtschaft der USA in ausgezeichneter Verfassung. Das reale BIP wuchs im I. Quartal 1999 auf Jahresbasis um 4,1%. Ausschlaggebend war für diese Entwicklung die starke Zunahme des Konsums der privaten Haushalte (real +6,8%). Finanziert wurde sie durch einen Rückgang der privaten Sparquote auf $-0,6\%$, den niedrigsten Wert seit 1946. Anhaltend kräftig wuchs die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern (+11,5%). Auch der private Hausbau wurde merklich ausgeweitet (+15,4%). Die Investitionsnachfrage der Unternehmen stieg mit +7,9% schwächer als im IV. Quartal 1998 (+14,6%) und konzentrierte sich auf Ausrüstungsinvestitionen (+9,7%), während die Bauinvestitionen nahezu stagnierten. Dämpfend wirkte die Entwicklung der Exporte i. w. S. ($-6,8\%$ gegenüber dem Vorquartal). Die starke Ausweitung der Importe i. w. S. (+14,2%) gepaart mit einer schwachen Entwicklung der Ausfuhr ließ die Handelsbilanz der USA im I. Quartal auf ein Rekorddefizit steigen. Durch diese drastische Ausweitung des Passivums trugen die USA die Anpassungslast der Asienkrise weitgehend allein.

Noch zeigen sich keine Anzeichen einer Abschwächung des Wachstums. Die Auftragseingänge der Unternehmen wurden im März abermals um 2% gesteigert und machten so den leichten Rückgang im Februar mehr als wett. Im April war hingegen eine Abnahme um 1,2% zu beobachten. Auch die Unternehmensgewinne wuchsen im I. Quartal um 4,3% (auf Jahresbasis) – die höchste Rate der letzten vier Jahre. Die aus der Asienkrise resultierende Schwäche der Nachfrage nach Industrieprodukten scheint ebenfalls überwunden. So steigt der Purchasing Management's Index (PMI – ein Indikator für den verarbeitenden Sektor) seit Februar. Der Anstieg war im Mai sogar höher als in den vorangegangenen Monaten, was auf eine Beschleunigung der Industriekonjunktur

Übersicht 3: Wirtschaftswachstum und Leistungsbilanz in Lateinamerika

	Bruttoinlandsprodukt				Leistungsbilanzsaldo			
	1997	1998	1999	2000	1997	1998	1999	2000
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real				In % des BIP			
Argentinien	+8,6	+4,2	-3,0	+2,5	-3,8	-4,2	-4,5	-4,5
Brasilien	+3,7	+0,2	-3,0	+2,0	-4,2	-4,5	-3,5	-3,0
Mexiko	+6,8	+4,8	+3,2	+3,7	-1,9	-3,8	-3,8	-4,1

Q: OECD.

tur hindeutet. Bremsend könnte jedoch eine angesichts aufkeimender Inflationsängste straffere Geldpolitik der Fed wirken. Eine Zinsanhebung würde die Aktienmärkte empfindlich treffen. Da die Vermögenseffekte von Aktienkapital eine entscheidende Determinante des Konsumverhaltens in den USA sind, könnte ein Rückgang der Aktienkurse die Expansion des privaten Konsums und damit das Wirtschaftswachstum beträchtlich dämpfen.

Der unerwartet hohe Anstieg der Verbraucherpreise in den USA löste neue Inflationsängste und die Gefahr einer Zinserhöhung durch die Fed aus. Die Jahresinflationsrate lag bei 2,3%, der Verbraucherpreisindex erhöhte sich von März auf April um 0,7% – dies war der höchste Anstieg seit neun Jahren. Die Verteuerung betraf neben Zigaretten hauptsächlich Treibstoffe – ein Effekt der Erdölpreiserhöhung der vergangenen Monate. Trotz der historisch niedrigen Arbeitslosenquote von knapp über 4% geht der Preisdruck nicht von den Löhnen aus: Nach dem „Employment Cost Index“ des Arbeitsministeriums stiegen die Löhne im I. Quartal 1999 gegenüber dem Vorquartal lediglich um rund 0,4%. Allgemein dürfte der Inflationsdruck trotz des hohen Wirtschaftswachstums nicht allzu groß sein, da die Produktionskapazitäten in der jüngsten Vergangenheit nur zu rund 82% ausgelastet waren. Auch die enorme Produktivitätssteigerung von jeweils 4% in den letzten zwei Quartalen sollte inflationshemmend wirken. Somit besteht weiterhin Raum für eine Produktionsausweitung, ohne daß zwingend eine Beschleunigung des Preisauftriebs zu erwarten wäre. Allgemein rechnen die Beobachter mit einer „sanften Landung“ der Konjunktur in diesem Jahr. So schätzt die OECD das Wachstum für 1999 auf 3,6% und für das Jahr 2000 auf 2,0%. Die Arbeitslosenquote könnte sich dann leicht erhöhen.

WEITERE ABSCHWÄCHUNG IN OSTMITTELEUROPA

In den fortgeschritteneren Transformationsländern Ost-Mitteuropas (MOEL) läßt das Wirtschaftswachstum seit dem Vorjahr nach. Am deutlichsten schwächte sich die Wirtschaftsleistung in Tschechien und der Slowakei ab. Beide Länder befinden sich aufgrund gravierender Strukturprobleme in einer Krise. In Tschechien verschärft sich der Produktionsrückgang von Quartal zu Quartal. Die

Übersicht 4: Wirtschaftswachstum, Inflation und Leistungsbilanz in Osteuropa und der GUS

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanzsaldo			
	1997	1998	1999	2000	1997	1998	1999	2000	1997	1998	1999	2000
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real				Veränderung gegen das Vorjahr in %, real				In % des BIP			
Tschechien	+ 1,0	- 2,7	- 1,5	+ 2,0	+ 8,5	+10,7	+ 4,0	+ 4,0	- 6,2	- 1,9	- 2,0	- 3,3
Ungarn	+ 4,4	+ 5,1	+ 4,0	+ 4,0	+ 18,3	+14,3	+ 10,0	+ 8,0	- 2,1	- 4,8	- 4,9	- 4,8
Polen	+ 6,8	+ 4,8	+ 3,0	+ 4,0	+ 14,9	+11,8	+ 8,0	+ 7,0	- 3,0	- 4,3	- 5,2	- 5,6
Slowakei	+ 6,5	+ 4,4	± 0,0	- 2,0	+ 6,1	+ 6,7	+ 10,0	+ 6,0	- 9,9	-10,1	- 7,4	- 4,4
Slowenien	+ 4,6	+ 3,9	+ 3,0	+ 3,0	+ 8,4	+ 7,9	+ 7,0	+ 6,0	0,2	0,0	- 0,2	- 0,2
Bulgarien	- 6,9	+ 3,5	- 1,5	+ 2,0	+1.082,3	+22,3	+ 5,0	+ 5,0	4,1	- 2,0	- 8,0	- 4,7
Rumänien	- 6,6	- 7,3	- 5,0	± 0,0	+ 154,8	+59,1	+ 50,0	+40,0	- 6,1	- 7,9	- 6,9	- 6,7
Rußland	+ 0,8	- 4,6	- 3,0	± 0,0	+ 14,8	+27,6	+100,0	+30,0	0,9	0,9	2,8	3,8

Q: WIW.

Industrieproduktion blieb im I. Quartal 1999 um 9% unter dem Vorjahresniveau, im April sank sie abermals um 8%. Obwohl die Krone 1998 erheblich aufwertete, liegt die Hauptursache der Rezession nicht in der Exportdynamik, sondern in der Flaute der Binnennachfrage, verursacht u. a. durch einen Beschäftigungsrückgang und Kreditrestriktionen. Ein Großteil der tschechischen Großunternehmen weist veraltete Strukturen auf und ist hoch verschuldet. Dies veranlaßt den Bankenapparat zur Vorsicht in der Vergabe weiterer Kredite. Nur schleppend gehen der Anpassungsprozeß in der Industrie und die Privatisierung im Bankensektor vor sich. Eine „Agentur zur Revitalisierung der Industrie“ soll helfen, ausgewählte Unternehmen zu entschulden oder zu rekapitalisieren, umzustrukturieren und geeignete Eigentümer zu finden. In dieser schwierigen wirtschaftlichen Situation steigen sowohl das Budgetdefizit als auch die Arbeitslosigkeit verstärkt. Fortschritte waren in letzter Zeit in bezug auf die Reduktion des Leistungsbilanzdefizits und der Inflation (April 1999 2,5%) zu beobachten. Das gab der tschechischen Notenbank Spielraum zur Senkung der Leitzinsen. Die Abwertung der Krone von Anfang 1999 dürfte die Exporte wieder ankurbeln. Für das laufende Jahr wird ein Rückgang des realen BIP um 1½% erwartet. Zugleich dürfte die Arbeitslosenquote von 7½% auf 10% steigen.

Ähnlich kritisch ist die Situation in der Slowakei. Im IV. Quartal 1998 wurde ein Wirtschaftswachstum von nur noch ½% erreicht, nachdem im 1. Halbjahr noch ein Anstieg von 6% registriert worden war. Auch hier sind die Hauptursache Probleme der Wirtschaftsstruktur neben einer restriktiven Fiskalpolitik zur Reduzierung des Leistungsbilanzdefizits. Die Regierung hat ein groß angelegtes Programm initiiert: Neben vier vom Staat kontrollierten Banken sollen Schlüsselbereiche wie der Telekommunikationssektor privatisiert werden. Weiters sind eine Reduktion der Einkommensteuer für juristische Personen ab dem nächsten Jahr sowie weitere Senkungen bis 2005 geplant. Die Begrenzung des Budgetdefizits und des Leistungsbilanzdefizits soll durch ein Austeritätspaket in Angriff genommen werden. Auf der Einnahmenseite ist die schrittweise Anhebung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes und der Verbrauchsteuern auf Treibstoffe, Tabak u. ä. vorgesehen. Ein zeitlich be-

fristeter Importzuschlag von 7% soll drei Viertel aller Importe betreffen. Einsparungen wird es auch auf der Ausgabenseite im Bereich der Sozialversicherung, der Arbeitslosenunterstützung und des Personalaufwands im öffentlichen Dienst geben.

Diese Maßnahmen sollen das Vertrauen in die slowakische Krone wieder stärken, welche Mitte Mai gegenüber dem Euro stark an Wert verloren hat. Wie in Tschechien hat aufgrund der schlechten Wirtschaftslage die Arbeitslosenquote weiter steigende Tendenz. Für das laufende Jahr ist mit einer Quote von 17% zu rechnen, die Wirtschaft wird stagnieren.

Auch Polen verzeichnete Ende 1998 eine Wachstumsdämpfung. Die Expansion verlangsamte sich bereits im II. Quartal des Vorjahres, kam aber nicht ganz zum Stillstand. Im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern in diesem Raum waren dafür jedoch weniger Strukturprobleme ausschlaggebend als vielmehr die Finanz- und Währungskrise in Rußland, welche die Exporte dorthin wesentlich beeinträchtigte. Die Abschwächung hielt zum Jahresanfang noch an. Die Verschlechterung spiegelt sich auch in einem Anstieg der Arbeitslosenquote. Eine längerfristig positive Wirtschaftsentwicklung könnte von einer Stabilisierung des Leistungsbilanzdefizits, einer Verlangsamung des Preisauftriebs wie auch von der Stabilität des Zloty erwartet werden. Die Prognose ergibt einen Anstieg des realen BIP von nur 3% gegenüber 4¾% im Vorjahr.

BINNENNACHFRAGE STÄRKT DIE UNGARISCHE KONJUNKTUR

Gegen den Trend der Abschwächung in Ost-Mitteleuropa verstärkte sich das Wirtschaftswachstum in Ungarn von Quartal zu Quartal und erreichte im Jahresdurchschnitt 1998 5,1%. Hauptgrund dieser Beschleunigung war die – dank der Verbesserung der Kaufkraft durch eine expansive Fiskalpolitik und des Rückgangs der Arbeitslosigkeit – lebhaftere Binnennachfrage. In der Folge nahmen auch die Importe kräftig zu. Dies und das Nachlassen der Exportdynamik erhöhten das Leistungsbilanzdefizit auf 4,8% des BIP. Der Forint geriet in letzter Zeit unter Druck, sodaß die Notenbank das Tempo der Leitzinssenkung drosselte. Das Budgetdefizit erhöhte sich

Übersicht 5: Entwicklung des Welthandels

	1997	1998	1999	2000
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Welthandel, real	10	4½	4	5½
OECD-Länder				
Exporte	11¼	4½	3½	5¼
Importe	9¼	7	5¼	5½
Intra-OECD-Handel (Durchschnitt Exporte/Importe)	11¼	7¼	4¾	5½
Nicht-OECD-Länder				
Exporte	8½	4½	4¾	6
Importe	8½	- 2½	¾	6
	Mrd. \$			
Leistungsbilanzsaldo				
Welt	- 25	- 72	- 99	- 89
OECD-Länder ¹⁾	34	- 23	-117	-118
USA	-155	-233	-304	-320
Japan	95	121	125	142
EU	119	89	81	89
Euro-Raum	105	90	82	92
Deutschland	- 4	- 4	1	5
Südostasiatische Länder ²⁾	- 0	51	49	43
Sonstige Entwicklungsländer	- 48	- 87	- 44	- 31
Osteuropa und GUS	- 11	- 13	13	17

Q: OECD. – 1) Einschließlich Koreas, Mexikos, Polens, Ungarns und Tschechiens. – 2) Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Taiwan, Thailand.

durch die fiskalpolitische Lockerung im Jahre 1998 beträchtlich. Eine Abflachung des Wirtschaftswachstums könnte sich aus den mittelbaren und unmittelbaren Effekten des Krieges in Jugoslawien ergeben, wengleich für 1999 noch mit einer Rate von +4% zu rechnen ist.

MARKANTE ERHOLUNG DES ROHÖL- PREISES SEIT JAHRESBEGINN

Nachdem der Rohölpreis Mitte Dezember des Vorjahres einen Tiefpunkt von rund 9 \$ je Barrel (Brent) erreicht hatte, war ein beträchtlicher Anstieg auf knapp unter 17 \$ Anfang Mai zu beobachten. Sowohl die weitgehende Quotendisziplin der OPEC-Staaten als auch der Krieg auf dem Balkan und verbesserte Aussichten für die Weltwirtschaft ließen die Notierungen auf ein Niveau ähnlich dem von Ende 1997 steigen. Seither gingen die Preise jedoch wieder etwas zurück. Die weitere Entwicklung des Rohölpreises hängt in hohem Maße von der Quotendisziplin der Förderländer ab. Aufgrund großer Lagerbestände rechnet das HWWA jedoch mit einem nur mäßigen Anstieg im Jahresverlauf, sodaß die Preise im Jahresdurchschnitt etwa das Niveau des Vorjahres erreichen werden.

Die Erholung des Rohölpreises hatte in vielen Ländern einen neuerlichen Anstieg der Inflationsrate zur Folge. Auch die Preise der anderen Rohstoffe notierten in letzter Zeit aufgrund der anhaltend guten Konjunktur in den USA und Anzeichen einer Erholung in Asien wieder deutlich fester. Das Angebot ist jedoch vor allem aufgrund bedeutender Lagerbestände an Metallen groß, die Verteuerung beruht deshalb weniger auf der aktuellen Situation als auf Erwartungen über die Nachfrageentwicklung. Dies gilt vor allem für Kupfer und Aluminium; mit-

Übersicht 6: Entwicklung der Weltmarktrohstoffpreise

HWWA-Index

	Gewicht	1997	1998	1999	2000
	In %	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Insgesamt	100,0	- 2	-22	- 5	+10
Ohne Rohöl	39,5	+ 0	-13	- 7	+ 6
Nahrungs- und Genußmittel	10,0	+ 6	-12	-11	+ 7
Getreide	2,1	-21	-12	+ 2	+ 4
Ölsaaten, Öle	2,0	- 1	-13	-14	+10
Genußmittel, Zucker	5,9	+20	-12	-14	+ 7
Industrierohstoffe	29,5	- 1	-15	- 4	+ 6
Agrarische Industrierohstoffe	16,9	- 4	-14	+ 1	+ 8
NE-Metalle	9,0	+ 2	-21	-12	+ 3
Eisenerz, Schrott	3,7	- 0	- 1	-10	+ 4
Energierohstoffe	60,5	- 3	-29	- 4	+13
Kohle	5,0	- 2	- 9	-10	+ 2
Rohöl	55,5	- 4	-31	- 3	+15

Q: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg.

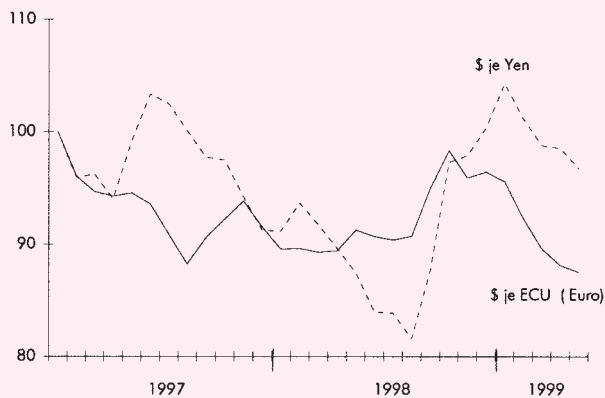
telfristig ist aber in beiden Fällen mit einer weiteren Verbilligung zu rechnen. Die mit einer Belebung der Weltwirtschaft zu erwartende Nachfragesteigerung dürfte laut den Prognosen beträchtlich hinter der Angebotsausweitung zurückbleiben. Sowohl die Ankündigung des britischen Schatzamtes, 415 t aus den Goldreserven zu verkaufen, als auch der anhaltende Rückgang der Produktionskosten ließen den Goldpreis auf rund 270 \$ je Feinunze – den niedrigsten Stand seit 20 Jahren – sinken. Die Lager an Agrarerzeugnissen sind noch ausreichend und halten die Preise niedrig. So erreichte der Zuckerpreis die niedrigste Notierung seit 13 Jahren, und auch an Getreide herrscht reges Überangebot. Das HWWA schätzt, daß die Rohstoffpreise (ohne Rohöl) 1999 um 5% niedriger sein werden als 1998. Für 2000 wird mit einem Anstieg um 10% gerechnet.

STARKER DOLLAR – SCHWACHER EURO

Das kräftige Wirtschaftswachstum in den USA und die Schwäche der europäischen Konjunktur schlugen sich in einem anhaltenden Wertverlust des Euro gegenüber dem Dollar nieder. Seit seiner Einführung Anfang 1999 mit einem Kurs von 1,18 \$ hat der Euro bereits mehr als 10% seines Außenwertes eingebüßt. Verantwortlich ist dafür neben dem Wachstumsdifferential die Senkung des europäischen Leitzinses um ½ Prozentpunkt, aber auch die Möglichkeit einer Leitzinsanhebung in den USA angesichts aufkeimender Inflationsängste. Wengleich das Vertrauen in die junge europäische Währung durch die Gefahr einer Aufweichung des ehrgeizigen Stabilitätspaktes zur schrittweisen Rückführung der Budgetdefizite beeinträchtigt werden könnte, dürfte dies für die Entwicklung des Euro-Wechselkurses nur eine untergeordnete Rolle spielen. So wurde Italien aufgrund der ungünstigen Konjunkturlage für das laufende Jahr ein Abgehen von der geplanten Defizitquote von 2% auf 2,4% gestattet.

Relativiert wird die Schwäche des Euro durch die Tatsache, daß dieser im Jänner auf sehr hohem Niveau star-

Abbildung 1: Devisenmittelkurs bzw. Referenzkurs der EZB
Jänner 1997 = 100



tete. Der heutige Wechselkurs entspricht etwa dem von 1997. Die DM- bzw. Schilling-Relation zum Dollar würde nahezu dem Stand vom Frühjahr 1998 entsprechen. Da der Wirtschaftsraum der EWU relativ geschlossen ist (nur rund 10% der Exporte der teilnehmenden Länder gehen in den Raum außerhalb der EWU) hat eine Abschwächung des Wechselkurses unmittelbar nur geringe Auswirkungen auf den Binnenraum. Nicht nur bleibt damit der Inflationsdruck begrenzt, auch die von einer Abwertung des Euro zu erwartende Exportankurbelung fällt gering aus. Allerdings besteht die Möglichkeit eines Kapitalabflusses, der sich auf die Realwirtschaft negativ auswirkt und eine rasche Erholung in Europa behindern könnte.

ANHALTEND SCHWACHE KONJUNKTUR IN EUROPA, ANZEICHEN EINER ERHOLUNG

Der niedrige Euro-Kurs und die Stabilisierung in Südostasien erhöhen die Wahrscheinlichkeit, daß in Zukunft neben einer Belebung der privaten Konsumnachfrage auch vom Export wieder Wachstumsimpulse auf die europäische Konjunktur ausgehen. Österreichs wichtigste Handelspartner, Deutschland und Italien, weisen unter den EU-Ländern das geringste Wirtschaftswachstum auf.

Die Wirtschaftslage präsentiert sich in Europa äußerst heterogen. Während Großbritannien den Konjunkturhöhepunkt bereits 1998 überschritt und Frankreich sowie Spanien nach wie vor ein hohes Wachstum verzeichnen, leiden Deutschland und Italien unter den Auswirkungen der Asienkrise. Die europäische Wirtschaftsleistung steht weiterhin im Zeichen einer restriktiven Fiskalpolitik und einer

schwachen Binnennachfrage. Der Abwärtstrend der Industrieproduktion hielt in der EU auch im März an, sie lag im I. Quartal 1999 um 0,4% unter dem Wert des vorangegangenen Quartals. Betroffen waren davon Gebrauchsgüter und Vorleistungen, während die Produktion von Investitionsgütern unverändert blieb. Leichte Besserungstendenzen signalisiert die Befragung von Industrieunternehmen durch die Europäische Kommission: Die Einschätzung von Geschäftslage und -erwartungen war im April und Mai erstmals seit einem Jahr etwas optimistischer. Der Index des Industrievertrauens stieg in der Eurozone gegenüber März 1999 von -12 auf -10 Punkte. Besser eingeschätzt wurden sowohl die Auftragseingänge aus dem In- und Ausland als auch die Produktionserwartungen. Die Beurteilung der Kapazitätsauslastung signalisierte zumindest keinen Rückgang mehr.

Rückläufig war im Mai zum dritten Mal in Folge auch das nach wie vor hohe Vertrauen der Verbraucher in der EU, hauptsächlich aufgrund der pessimistischeren Beurteilung in Frankreich, Deutschland und Italien. Dies stellt die Hoffnung in Frage, daß 1999 eine Konjunkturerholung vom privaten Konsum ausgehen würde. Die wieder verbesserten Wachstumsaussichten in Asien lassen jedoch auch für die Exportnachfrage stärkere Impulse erwarten. Das Wirtschaftswachstum wird sich auf dem Gebiet der Währungsunion nach Schätzungen der Europäischen Kommission 1999 noch abschwächen (+2,2%) und erst 2000 wieder an Dynamik gewinnen (+2,7%).

Zuversichtlicher als in der letzten Umfrage waren die Konsumenten in der EU hinsichtlich der künftigen Entwicklung der Beschäftigung – im Gegensatz zu den Industrieunternehmen in der Währungsunion, welche im II. Quartal 1999 noch pessimistischer waren als zu Jahresbeginn. Auf dem europäischen Arbeitsmarkt scheint der Rückgang der Arbeitslosigkeit ins Stocken geraten zu sein. In der EWU stagnierte die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im April bei 10,4%, in der gesamten EU bei 9,6%. Die Europäische Kommission erwartet in ihrer Frühjahrsprognose für die EU einen Rückgang der Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 1999 auf 9,6% (EWU 10,5%) und im Jahr 2000 auf 9,2% (EWU 10%).

Die Inflation (HVPI) zog im Euro-Raum von März auf April leicht an (von 1,0% auf 1,1%). In der gesamten EU blieb die Teuerungsrate mit 1,2% unverändert. Preisstabilstes EU-Land war Österreich mit einer Erhöhung des HVPI gegenüber dem Vormonat um 0,1% vor Schweden (+0,3%) und Frankreich (+0,6%). Die höchste Inflationsrate wurde in Portugal (+2,7%), Griechenland (+2,6%) und Spanien (+2,3%) registriert.

ABSCHWÄCHUNG DER KONJUNKTUR IN GROSSBRITANNIEN

Nachdem die britische Wirtschaft 1997 ihren Konjunkturhöhepunkt überschritten hatte, ließ 1998 das Wirt-

schaftswachstum mehr und mehr nach. Vor allem die exportorientierte Industrieproduktion erlitt gegen Jahresende aufgrund der schwachen Auslandsnachfrage einen Einbruch. Das reale BIP stieg im IV. Quartal gegenüber dem Vorquartal um nur noch 0,1%, im I. Quartal 1999 kam das Wachstum zum Stillstand. Um eine Rezession zu vermeiden und den Druck des hohen Pfundkurses zu entschärfen, senkte die Bank of England seit September 1998 siebenmal den Leitzinssatz von 7,5% auf letztlich 5,0%. Diese Maßnahme wie auch die günstige Situation auf dem Arbeitsmarkt (im Herbst 1998 erreichte die Arbeitslosigkeit den niedrigsten Stand seit langem) ermöglichte eine Belebung des privaten Konsums, welcher sich zu einer wichtigen Stütze der Konjunktur entwickelte. Nach saisonbereinigt +0,1% im III. und +0,6% im IV. Quartal 1998 wuchs der private Konsum im I. Quartal 1999 bereits um 1,1% und glich so den Rückgang der Bruttoanlageinvestitionen teilweise aus (-1,7%). Wie bereits im März blieb die Inflationsrate im April unter der von der Bank of England erwarteten Marke und erweiterte so den Spielraum für erneute Zinssenkungen: Nach wie vor erachten britische Industrieunternehmen den Pfundwechsellkurs als Haupthindernis für eine Erholung der Branchenkonjunktur, wengleich ihr Vertrauen in die künftige Wirtschaftsentwicklung laut Umfragen stark gestiegen ist. Die Indikatoren weisen nicht auf eine Rezession, sondern vielmehr auf eine sanfte Landung der britischen Konjunktur hin. Die EU rechnet für Großbritannien heuer mit einem Wirtschaftswachstum von 1,1% (2000 +2,3%). Probleme werden im hohen Außenhandelsdefizit gesehen. Auch auf dem Arbeitsmarkt zeigt sich eine Wende, nachdem in den letzten Jahren die Arbeitslosigkeit kontinuierlich zurückgegangen ist. Im März stieg die Arbeitslosenquote erstmals wieder etwas, im Jahresdurchschnitt 1999 wird mit einer Erhöhung von 6,3% auf 6,5% gerechnet.

LEICHTE DÄMPFUNG DER FRANZÖSISCHEN KONJUNKTUR

1998 expandierte die Wirtschaftsleistung Frankreichs trotz einer geringfügigen exportbedingten Abschwächung im 2. Halbjahr kräftig (+3,2%). Im IV. Quartal 1998 beschleunigte sich die Konjunktur aufgrund des anhaltend lebhaften privaten Konsums (+0,7% saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal) und einer stärkeren Investitionsnachfrage (+1,4%). Zu Jahresbeginn war jedoch eine leichte Abschwächung zu beobachten: Saisonbereinigt stieg das reale BIP gegenüber der Vorperiode um nur 0,3%, da der private Konsum mit +0,3% nicht mehr die Dynamik der Vorquartale erreichte (III. Quartal +0,5%, IV. Quartal 1998 +0,7%). Zugleich verstärkte sich hingegen der Anstieg der Investitionen (IV. Quartal +1,4%, I. Quartal 1999 +2,2%). Für heuer wird ein Wirtschaftswachstum von 2,3% erwartet (2000 +2,7%). Nachdem sich die Arbeitslosigkeit seit rund

Übersicht 7: Arbeitslosenquote und Inflation

	Arbeitslosenquote ¹⁾				Verbraucherpreise ²⁾			
	1997	1998	1999	2000	1997	1998	1999	2000
	In % der Erwerbspersonen				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
OECD insgesamt ³⁾	7,0	6,7	6,8	6,8	+ 4,3	+ 3,7	+ 3,3	+ 3,5
USA	4,9	4,5	4,3	4,5	+ 2,3	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,3
Japan	3,4	4,1	5,0	5,3	+ 1,7	+ 0,7	- 0,5	± 0,0
Kanada	9,2	8,3	7,8	7,8	+ 1,6	+ 1,0	+ 1,8	+ 2,0
Australien	8,6	8,0	7,5	7,5	+ 0,3	+ 0,9	+ 1,0	+ 2,0
Neuseeland	6,6	7,5	7,3	6,8	+ 1,2	+ 1,3	± 0,0	+ 1,0
Korea	2,6	6,8	7,5	7,5	+ 4,4	+ 7,5	+ 1,0	+ 1,5
Mexiko	3,7	3,2	3,3	3,3	+20,6	+15,9	+18,0	+12,0
Türkei	6,4	6,3	6,5	6,5	+85,7	+84,6	+60,0	+50,0
Schweiz	5,2	3,8	3,0	2,8	+ 0,5	± 0,0	+ 0,8	+ 1,0
Norwegen	4,1	3,3	3,5	4,0	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,5
Island	3,7	2,9	2,5	2,0	+ 1,8	+ 1,7	+ 2,0	+ 3,0
Polen	11,2	10,6	11,0	10,8	+14,9	+11,8	+ 8,0	+ 7,0
Ungarn	8,9	8,0	7,3	7,0	+18,3	+14,3	+10,0	+ 8,0
Tschechien	4,7	6,5	7,8	8,5	+ 8,5	+10,7	+ 4,0	+ 4,0
EU	10,6	9,9	9,5	9,3	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,8
Euro-Raum	11,4	10,8	10,3	10,0	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,5
Deutschland	9,9	9,4	9,0	8,5	+ 1,8	+ 1,0	+ 0,8	+ 1,3
Frankreich	12,3	11,7	11,3	10,8	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,3
Italien	12,0	11,9	11,8	11,5	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,8
Spanien	20,8	18,8	17,5	16,3	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,5	+ 2,5
Niederlande	5,2	4,0	3,8	4,0	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,5
Belgien	9,4	9,5	9,0	8,8	+ 1,6	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,5
Österreich	4,4	4,5	4,4	4,2	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,7	+ 1,3
Portugal	6,8	4,9	5,0	5,0	+ 2,3	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,8
Finnland	12,7	11,4	10,5	10,0	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,5
Irland	9,9	7,8	6,5	6,0	+ 1,4	+ 2,4	+ 1,5	+ 2,0
Luxemburg	2,8	2,8	2,8	2,8	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,5
Großbritannien	7,0	6,3	6,5	7,0	+ 3,1	+ 3,4	+ 2,0	+ 2,5
Schweden	9,9	8,3	7,3	7,0	+ 0,5	- 0,1	+ 0,3	+ 1,0
Dänemark	5,6	5,1	4,5	4,5	+ 2,2	+ 1,8	+ 2,5	+ 2,5
Griechenland	9,6	9,6	9,5	9,5	+ 5,5	+ 4,8	+ 3,0	+ 2,8

Q: OECD, nationale und eigene Schätzungen. - ¹⁾ Standardisiert (außer Island, Korea, Mexiko, Polen, Schweiz, Tschechien, Türkei und Ungarn). - ²⁾ Gewichtet mit dem Anteil am privaten Konsum zu Kaufkraftparitäten. - ³⁾ Verbraucherpreise ohne Korea, Polen, Ungarn und Tschechien.

eineinhalb Jahren langsam zurückgebildet hatte, kam dieser Prozeß im Februar 1999 zum Stillstand. Die Arbeitslosenquote betrug im I. Quartal 11,4%, im April entspannte sich die Situation kaum (11,3%). Vor allem für Jugendliche ist es weiterhin schwierig, einen Zugang zum Stellenmarkt zu finden (Arbeitslosenquote im April 22%).

ITALIEN ALS SCHLUSSLICHT EUROPAS

Die Asienkrise traf die italienische Wirtschaft besonders stark und nachhaltig. Die Exporte wuchsen saisonbereinigt nach +4,6% im II. Quartal 1998 im III. Quartal um nur noch 0,7% und blieben zum Jahresende sogar um 6,8% unter dem Wert der Vorperiode. Trotz einer stetigen leichten Zunahme glich der private Konsum im Jahresverlauf den Ausfall der Auslandsnachfrage nicht aus, sodaß das BIP im IV. Quartal um 0,3% gegenüber der Vorperiode abnahm. Nach erfolgreicher Konsolidierung wies der italienische Staatshaushalt einen beachtlichen Primärüberschuß auf; auch heuer stehen einer expansiven Fiskalpolitik zur Ankurbelung der Binnennachfrage die durch den europäischen Stabilitätspakt auferlegten Budgetbeschränkungen entgegen. So lassen sich notwendige steuerpolitische Maßnahmen – wie etwa die zur

Stimulierung der Investitionen geplante Reduktion des Steuersatzes auf reinvestierte Gewinne von 37% auf 19% – nur dann verwirklichen, wenn ein höherer Fehlbetrag im Staatshaushalt akzeptiert wird. Im Haushaltsjahr 1999 toleriert die EU ein einmaliges Abweichen Italiens von der geplanten Quote des Budgetdefizits (2,4% statt 2% des BIP). Ähnlich ungünstig ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Dem schwachen Wirtschaftswachstum trägt die Prognose der EU Rechnung und erwartet für 1999 ein Wirtschaftswachstum von nur 1,6% (2000 +2,3%).

DEUTSCHLAND: WEITERHIN KEINE EINDEUTIGEN ANZEICHEN EINES AUFSCHWUNGS

Wie in Italien verlor auch in Deutschland die Wirtschaftsleistung Ende 1998 deutlich an Dynamik. Der Rückgang des realen BIP betrug im IV. Quartal saisonbereinigt gemäß dem Vorquartal 0,4% (gemäß ESVG 79). Ausschlaggebend war auch hier die aufgrund der Asienkrise schwache Auslandsnachfrage (-2,2%), doch erlahmte die Binnennachfrage ebenfalls zusehends: Der private Konsum wuchs um lediglich 1%, während die Bruttoanlageinvestitionen um 1% geringer waren als in der Vorperiode.

Im I. Quartal 1999 stieg die Nachfrage nach Industrieprodukten gegenüber dem Vorquartal um nur 0,5%. Stütze dieser Entwicklung war die Stabilisierung der Auftragseingänge aus dem Inland. Die Exportaufträge lagen hingegen im März um 2,3% unter dem Wert des Vormonats. Nachdem im März die Umfragen unter deutschen Unternehmen eine Konjunkturerholung in Aussicht gestellt hatten, trübte sich die Einschätzung der aktuellen Lage im April wieder ein. In Westdeutschland verschlechterte sich die Beurteilung der derzeitigen Geschäftslage im verarbeitenden Gewerbe im April deutlich, während der Optimismus für die kommenden sechs

Monate zunahm. Im verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands wurde die Einschätzung der aktuellen Situation weniger deutlich nach unten korrigiert, doch herrscht vermehrt Skepsis hinsichtlich der künftigen Entwicklung. Dies wird mit der Neuregelung für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse und den seit April geltenden Ökosteuern begründet – vor allem letztere treffen den Osten wesentlich stärker als den Westen. Pessimistisch sind vor allem die Hersteller von Investitionsgütern, während die Erzeuger von Gebrauchsgütern und Vorleistungen, die vorwiegend für das Inland produzieren, verbesserte Chancen sehen.

Die Arbeitslosenquote verringerte sich von 11,1% im März auf 10,7% im April. Sie war damit um 0,7 Prozentpunkte niedriger als im April des Vorjahres. Saisonbereinigt zeigt sich jedoch gegenüber dem Vormonat fast keine Veränderung. Dennoch wird mit einer Abnahme der Arbeitslosenquote im Jahresverlauf um 0,4 Prozentpunkte gerechnet. Stark gestiegen ist die Zahl der offenen Stellen (+400.000 gegenüber Vorjahr). Die Bemühungen zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit waren erfolgreich. Seit Jahresanfang beteiligten sich bereits über 100.000 Jugendliche an den Maßnahmen, sodaß auch der Druck auf den angespannten Lehrstellenmarkt gemindert werden konnte.

Die EU prognostiziert für 1999 einen Anstieg des deutschen BIP um 1,7%, für das Jahr 2000 um 2,4%. In der zweiten Jahreshälfte 1999 dürfte der private Konsum dank der guten Einkommenssituation zu einer Beschleunigung des Wirtschaftswachstums beitragen. Die Exportnachfrage soll sich stabilisieren, der Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen wird sich hingegen deutlich verlangsamen. Von der Zunahme der verfügbaren Einkommen wird auch der private Hausbau profitieren, der deutsche Bausektor sollte sich in der Folge aus seiner seit Jahren anhaltenden Krise lösen.

Recovery of the World Economy – Summary

With the turmoil on the international financial markets calming down, signs of an incipient recovery can be seen in those economies that had been hit worst. The enormous drain of capital from the emerging markets has been stopped or even reversed in some cases, especially in the developing and newly industrialised countries of South-east Asia. Latin America is still suffering from the effects of its tumultuous financial market, but recent cuts in interest rates can be regarded as a stabilising factor for its economy. The outlook for

Russia continues to be gloomy; business surveys within the EU, however, point towards stabilising confidence, after a temporary halt in GDP growth. The USA continued its strong growth, fuelled by booming private demand in the first quarter, with no sign of any significant slowdown in the near future. The only factor that could perceptibly dampen its economic performance is the risk of the Fed raising interest rates in response to the recent turnaround in the inflation trend.